



Amtsgericht Duisburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Dienstag, 13.01.2026, 10:30 Uhr,

2. Etage, Sitzungssaal C215, Kardinal-Galen-Straße 124-132, 47058 Duisburg

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Duisburg, Blatt 25295,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Duisburg, Flur 248, Flurstück 40, Gebäude- und Freifläche, Eschenstr.
49, Größe: 326 m²

versteigert werden.

Es handelt sich um ein ca. 1895 (gemäß Energieausweis) erbautes Dreifamilienhaus in 47055 Duisburg-Wanheimerort mit Keller und ausgebautem Dachgeschoss. Die Grundstücksgröße beträgt 326 m². Das Gebäude umfasst drei Wohneinheiten. Zum Wertermittlungstichtag stand das Gebäude vermutlich weitestgehend leer. Die Gesamtwohnfläche wurde überschlägig mit ca. 266 m² ermittelt. Eine Innenbesichtigung des Gebäudes war nicht möglich. Das Gebäude machte bereits nach dem ersten äußeren Eindruck einen vernachlässigten Gesamteindruck. Es war Instandhaltungsstau erkennbar. Kein konkreter Altlastenverdacht.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 10.10.2024, 10.10.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

178.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.